

Marktsegment sowie eine nachhaltige Entwicklung. Für ihre Realisierung müssen allerdings starke Vorbehalte lokaler Entscheidungsträger sowie einige lokal nicht beeinflussbare Faktoren überwunden werden.

Last but not least referierte *Dr. Maggi Leung* (Hong Kong) über „*'Multi-ethnische' Bezirke als Freizeit- und Konsumorte: der Fall Hong Kong*“. Die Vermarktung ethnischer Diversität wird weltweit zunehmend als Instrument zur Stärkung unternehmerischer Aktivitäten und der lokalen Ökonomie angesehen. Ethnisch bestimmte kommerzielle Standortgemeinschaften (z.B. Chinatowns weltweit) und ethnische Festivals (z.B. „Karneval der Kulturen“ in Berlin-Kreuzberg) ziehen massenhaft Besucher an: vor Ort, aus der Region, landesweit und international. Sie schaffen Arbeitsplätze und stimulieren die infrastrukturelle und sozioökonomische Entwicklung bzw. Erneuerung einer Stadt. Vor diesem Hintergrund wurde der Aufstieg zweier ‚multi-ethnischer‘ Vergnügungs- und Konsumbezirke in Downtown Hongkong, Lan Kwai Fong and SoHo, analysiert. Beide Standorte bieten anregenden Stoff für Theorie und Empirie. Im Gegensatz zu den meisten kommerziellen ethnischen Clustern sind diese nicht organisch gewachsen, sie wurden vielmehr gezielt für konsumptive Zwecke geschaffen. Wie nirgendwo sonst wird hier „gemachte“ ‚Weiß-‘ und ‚Multi-Ethnizität‘ in eindrucksvoller Weise vermarktet. Der Vortrag warf Fragen nach den Akteuren solcher stadtökonomisch relevanter Projekte auf und ging auf die Rolle des öffentlichen Sektors, der privatwirtschaftlich operierenden Unternehmen und der Zivilgesellschaft bei der Planung, der Realisierung und dem Management dieser ein Massenpublikum anziehenden Standorte ein, unter Berücksichtigung ihrer räumlichen und gesellschaftlichen Kosten und Vorteile.

Winfried Flüchter

Chancen und Risiken von Dezentralisierung - Deutschland und Japan im Vergleich

Symposium der Waseda-Universität (Tokyo) und der Martin-Luther-Universität (Halle-Wittenberg) in Kooperation mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin, 28. September 2007, Tokyo

Die Reform der Kommunalpolitik steht seit Jahrzehnten in Japan und Deutschland auf der politischen Agenda und hat in beiden Ländern zu teilweise weitreichenden Veränderungen im Verhältnis von Staat und Kommunen, bzw. von Kommunen und Bürgern geführt.

Das Zusammentreffen einer Krise der kommunalen Leistungsfähigkeit mit dem Begehren der Bürger nach mehr Beteiligung hat in beiden Ländern Reformprozesse in Gang gesetzt, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Effizienz der Kommunen als unterster Verwaltungsebene und maßgeblichem Leistungserbringer für die Bürger und Bürgerinnen und den

Problemen vieler Kommunen, diese Rolle angesichts sich verschärfender Finanzrestriktionen weiterhin erfolgreich zu spielen.

Wege aus diesem Dilemma sind in Deutschland und Japan durchaus ähnlich und folgen der Doppelstrategie, neue Steuerungsmechanismen mit neuen Partizipationsangeboten zu kombinieren.

Der Formulierung und Umsetzung der Reformen war Gegenstand eines Symposium, das mit Unterstützung des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin am 28.9.2007 in Tokyo stattfand. Das Kooperationsvorhaben zwischen der Waseda-Universität in Tokyo und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das von dem Verwaltungswissenschaftler Koichi Agata und der Japanologin Gesine Foljanty-Jost organisiert und geleitet wurde, stellte folgende Themen in den Mittelpunkt der Diskussion: Finanzrestriktionen und kommunale Innovationskapazität, Ökonomisierung der Kommunen, Politisierung der Kommunalpolitik durch neue Formen der Partizipation und neue politische Akteure sowie die Rolle der Gemeinderäte im Reformprozess.

Die zentrale Leitfrage lautete, wie die Leistungsfähigkeit der Kommunen trotz demografischen Wandels und chronisch knapper Finanzmittel erhalten und die Legitimationskrise auf kommunaler Ebene überwunden werden kann.

Die Ergebnisse der Diskussionen, an denen sich neben Politikwissenschaftlern und Verwaltungswissenschaftlern aus Deutschland und Japan auch Gemeinderäte und Vertreter der Kommunalverwaltungen beteiligten, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Reformen finden in beiden Ländern unter sehr unterschiedlichen systemischen Voraussetzungen statt: In Deutschland geschieht die Modernisierung der Kommunalpolitik vor dem Hintergrund einer langen föderalen Tradition. Die Reformen zielen auf eine Reduzierung von funktionalen Schwachstellen des Systems ab, ohne einen grundlegenden Paradigmenwechsel zu bedeuten. Demgegenüber findet in Japan die Dezentralisierungsreform vor dem Hintergrund einer traditionell starken zentralstaatlichen Dominanz statt. Die Dezentralisierungsreform zielt auf eine grundlegende Neustrukturierung des Verhältnisses von Zentralstaat und Gebietskörperschaften im Sinne einer funktionalen, horizontalen Arbeitsteilung. Sie impliziert daher einen grundlegenden Paradigmenwechsel im politischen System Japans.

Gleichwohl sind in beiden Ländern die grundlegenden Ansätze der Reformpolitik weitgehend identisch. In Deutschland wie in Japan liegt das Hauptaugenmerk auf einer Modernisierung der Kommunalverwaltung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung. In Fortführung des britischen Public-Management-Ansatzes richtet sich die Modernisierung vor allem auf Effizienzsteigerung durch die Einführung neuer Steuerungsverfahren in der öffentlichen Verwaltung. Als wesentliche Elemente sind u.a. Qualitätskontrolle, Privatisierung öffentlicher Dienste, Neudefinition des

Bürgers als Kunden zu nennen. Ziel ist die Verbesserung der Effizienz von Verwaltungshandeln.

Gleichzeitig sind neue Partizipationsmöglichkeiten der Bürger(innen) an der Formulierung und Implementation von Kommunalpolitik eingeführt worden. Hierzu zählen die Einführung direktdemokratischer Verfahren wie die Direktwahl von Bürgermeistern in Deutschland oder die Einführung des Referendums in Japan.

Beide reformstrategischen Ansätze finden unter dem Diktat massiver Finanzrestriktionen statt. Wie Jun Katagi (Tokyo/ Waseda) betonte, sind kommunalpolitische Innovationen als Reaktionen auf die Finanzmisere zwar nachweisbar, umgekehrt aber dürfte die mangelnde Finanzautonomie in beiden Ländern das größte Risiko für die Modernisierung der Kommunen sein.

Bei aller Vergleichbarkeit der Strategien kommunalpolitischer Modernisierung unterscheidet sich der Fokus des Diskurses in beiden Ländern offenkundig. So machten die Vorträge der deutschen Referent(innen) Jörg Bogumil (Bochum), Anette Zimmer (Münster) und Sabine Kuhlmann (Potsdam) deutlich, dass in Deutschland gegenwärtig die Schwerpunkte der Debatte auf Fragen der Ökonomisierung der Kommunen und den Wirkungen neuer Steuerungsmechanismen für die Effizienz von Kommunalpolitik liegen, wogegen Bürgerbeteiligung sowohl in der kommunalpolitischen Praxis als auch im wissenschaftlichen Diskurs an Bedeutung verloren hat.

In Japan sind demgegenüber neben und vergleichsweise unverbunden mit der Diskussion über neue Steuerungsmechanismen in der Kommunalverwaltung die Dezentralisierungsreformen mit der Hoffnung auf einen Demokratisierungsschub von unten verbunden. Die Vorträge von Minoru Tsubogo (Tokyo/ Waseda) und Katsumi Yorimoto (Tokyo/ Waseda) wiesen auf die Bedeutung von lokalen Wählerinitiativen und der Gewerkschaft des regionalen öffentlichen Dienstes hin, die beide für das Aufbrechen der verkrusteten Kommunalpolitik haben. Insbesondere die Reform der Gemeinderäte, die in Japan zwar professionalisiert sind, politisch jedoch keine aktive Rolle spielen, in Richtung auf eine Politisierung und Aktivierung als Kontrollorgane der (direkt) gewählten Bürgermeister steht im Mittelpunkt der Demokratisierungserwartungen auf japanischer Seite. Diese sind normativ geprägt von der Annahme, dass neue Formen direktdemokratischer Beteiligung die zunehmende Politikferne der lokalen Bevölkerung beenden und durch bürgernahe Kommunalpolitik die Akzeptanz von Politik durch den Bürger erhöht wird.

Die abschließende Frage einer japanischen DiskutantIn, was Japan von Deutschland lernen könnte, ist angesichts der genannten Unterschiede nicht leicht zu beantworten und abhängig von dem Fokus des Vergleichs.

Eine Publikation der Beiträge zu dem Symposium ist zunächst in Japan vorgesehen.